

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Gerd Hoffmann, Berlin.
Telefon: Carl Schlegel 4100/4101



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin G 2 91, Tele. Wilhelms-Platz 8
Telefon-Nr.: Carl Schlegel

Die Redaktion ist in der
Berliner Straße 10, Berlin G 2 91, im Erdgeschoss.
Der Briefkasten ist in der Berliner Straße 10, Berlin G 2 91, im Erdgeschoss.
Der Briefkasten ist in der Berliner Straße 10, Berlin G 2 91, im Erdgeschoss.

Berlin, den 26. Nov. 1932.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Nie wieder Papen!

Oder Gefahr einer Explosion.

SPD. Die Woche des Hitler-Zusammenbruches hat mit einem ungeheuren Katzenjammer bei den Nationalsozialisten geendet. Aber auch in der Wilhelmstrasse hat man allen Anlass, sich nicht als Triumphator zu fühlen. Der Karrer der autoritären Staatsführung ist vollständig festgefahren.

Das ist die Gelegenheit, die die gegenrevolutionären Projektmacher haben wollen. Sie heulen laut: Gib uns Papen! Gib uns unseren Papen wieder! Gerade weil Papen als Reichskanzler im Volke völlig unmöglich ist, weil er einmütiger Ablehnung bei neunzig Prozent der Bevölkerung begegnet, drängen sie auf seine Wiederbeauftragung. Sie wollen nichts wissen von einem anderen Baron, sie wollen gerade Papen, weil sie eine Politik gegen das Volk wollen. Schnoddrig wie sie sind, nach ostelbischer Junkermanier, hat einer von ihnen gesagt: "Papen soll die Leute weiter empfindlich auf die Hühneraugen treten!" Eine Politik der Provokation geführt von Papen ist ihr Ideal.

Die offenen Attacken gegen die Verfassung von Weimar, die Papen in Münster und München geritten hat, seine Angriffe gegen die demokratischen Rechte des Volkes, seine Pläne, die auf Wahlrechtstraub, Entmachtung des Reichstags, Stabilisierung der ostelbischen Junkerherrschaft abzielten, waren ihnen aus dem Herzen gesprochen. Sie haben alles getan, um eine auch nur formale Rückkehr zu parlamentarischer Mehrheitspolitik zu sabotieren. Hugenbergs Taktik war es, alles zu verhindern, was auf eine Abschwächung der Staatskrise hätte hinauslaufen können.

Für diese Kreise bedeutet jeder Tag länger, der beim Reichspräsidenten verhandelt wird, Zeitgewinn zu neuen Intrigen, neue Gelegenheit, um für Papen und für ihre gegenrevolutionären Pläne zu arbeiten. Diese unentwegten Feinde der Demokratie und der Arbeiterklasse kümmern sich den Teufel darum, dass die allgemeine Situation immer schwieriger und gefährlicher wird. Sie scheren sich nicht um das anwachsende Defizit der Reichsfinanzen, nicht um die verfahrenere Situation der Wirtschafts- und Handelspolitik, um die aussenpolitischen Probleme. Sie wollen nur eins: sie wollen die Offensive des Klassenkampfes von oben gegen das Volk und seine Rechte weitertreiben. Je toller die Zustände, umso wohler fühlen sie sich, umso dreister werden sie. Diese Kreise sind es, die in Herrn von Papen ihren Preisfechter erblicken. Niemand im Volke steht hinter ihm ausser diesen Kreisen.

Sie spielen mit dem Feuer! Papen wieder Reichskanzler, das wäre ein Faustschlag gegen das Volk, eine Provokation des Parlaments! Nach den Ereignissen der letzten Tage ist noch klarer als zuvor, dass ein neues Kabinett Papen nichts anderes ist als eine deutsch-nationale Parteiregierung gegen das Volk! Papen darf nicht wiederkommen, wenn die Situation nicht unheilvoll verschärft werden soll. Es darf nicht wiedergeschehen, dass dem Volk die Diktatur einer deutsch-nationalen Parteiregierung unter der Maske einer überparteilichen Regierung auferlegt wird! Die Fortsetzung der gegenrevolutionären Pläne des Klas-

senkampfes von oben, wird den Widerstand, den Herr von Papen erfahren hat, verdoppeln und verschärfen!

Das gilt nicht nur für die Person des Herrn von Papen. Das gilt auch für jeden Versuch, mit einem anderen Namen dasselbe System aufrecht zu erhalten und fortzusetzen. Es war nicht nur von Papen allein, der die Attacken gegen die Weimarer Verfassung geritten, der die volksfeindlichen Verfassungspläne vertreten, der die Politik der sozialen Bedrückung des Volkes verfochten hat! Hand in Hand mit ihm haben Männer aus dem Kreise der ostelbischen Junker gearbeitet. Katastrophenpolitiker, die nur ein Ziel kannten: Deutschland unter die Pickelhaube eines reaktionären Ostelbierturns zu bringen! Dies Parteiregiment hat die Empörung des ganzen Volkes hervorgerufen. Wird es fortgesetzt, so wird die Gefahr einer Explosion heraufbeschworen!

Nie wieder Papen, in keinerlei Gestalt!

SPD. Die Regierungskrise wird nicht vor Mitte der Woche gelöst werden. Wie sie schliesslich ausgeht, ist zurzeit noch ungewiss. Unter den in der bürgerlichen Presse genannten Reichskanzler-Kandidaten hat der eine so viel Aussicht wie der andere.

Am Sonnabend fand bei Hindenburg eine Besprechung über die politisch-parlamentarische Lage statt, die eine Klärung der Situation nicht gebracht hat. Beteiligt waren ausser Hindenburg der geschäftsführende Reichskanzler, der Reichswehrminister von Schleicher, der Staatssekretär des Reichspräsidenten und der Sohn des Reichspräsidenten, Oberst von Hindenburg. Papen erstattete zunächst Bericht über die Lage. Er bat den Reichspräsidenten zum Schluss seiner Ausführungen, ihn nicht wieder zu betrauen. Der Reichswehrminister von Schleicher zeigte eine auffallende Uebereinstimmung mit Herrn von Papen. Ob aus taktischen Gründen oder aus Ueberzeugung entzieht sich unserer Beurteilung. Das Ergebnis der einstündigen Aussprache war, dass vorerst eine offizielle Entscheidung des Reichspräsidenten über die Nachfolge des Herrn von Papen nicht gefällt wurde, sondern zunächst nochmals mit den Parteien Fühlung genommen werden soll. Der Reichswehrminister erklärte sich bereit diese Fühlungnahme aufzunehmen und bis Mitte der Woche abzuschliessen.

In der Umgebung des Reichspräsidenten hat sich nach und nach auch die Auffassung durchgesetzt, dass auf die Dauer mit einer Auflösung des Reichstags nach der anderen "autoritäre" Staatspolitik nicht zu treiben ist. Deshalb nochmals der Versuch, nicht gegen den Reichstag wie es Herr von Papen gewollt hat und noch möchte, sondern möglichst mit dem Reichstag zu arbeiten. Dabei verfolgt man insbesondere das Ziel, die christlichen Gewerkschaften aus der stillen Einheitsfront der Gewerkschaften gegen das Papen-System und Regime abzusplittern, indem man vor allem das Zentrum zur Tolerierung der neuen Präsidial-Regierung gewinnt. Dieses Ziel dürfte gelingen, soweit sich die neue "Präsidialregierung" verpflichtet, verfassungsmässig zu regieren und jedes Experiment mit der Verfassung zu unterlassen. Allem Anschein nach soll die künftige Regierung nach dem Wunsche des Reichspräsidenten eine derartige Verpflichtung eingehen. In diesem Falle wäre sie auch der Unterstützung durch die Bayerische Volkspartei und anderer Parteien sicher. Das grosse Rätsel bleibt die Haltung der nationalsozialistischen Partei, die allein der neuen Präsidialregierung das Leben retten kann.

Entscheidend für die Zukunft der neuen Präsidialregierung wird der Verlauf der bevorstehenden Besprechungen mit den Parteiführern sein. Er ist ebenso entscheidend für die Zusammensetzung der neuen Präsidialregierung wie für ihre Lebensdauer.

SPD. Bochum, 26. November (Eig. Dr.)

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte am Sonnabend fünf Kommunisten aus Bochum wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu insgesamt 20 Jahren und 7 Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf je 5 Jahre. Vier Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten. Fünf Mitglieder der KPD wurden freigesprochen.

Die fünf zu Zuchthaus Verurteilten waren festgenommen worden, als sie zwei Sprengbomben transportieren wollten. Später wurden acht Kommunisten verhaftet, die im Verdacht standen, den Sprengstoff gestohlen zu haben. Während der Verhandlung widerriefen mehrere Angeklagte ihr Geständnis. Andere belasteten ihre Mitangeklagten.

SPD. Paris, 26. November (Eig. Drahtb.)

Der Ministerrat hat am Sonnabend den französisch-russischen Nichtangriffspakt gebilligt. Der Pakt wird am Dienstag von Herriot und dem russischen Botschafter in Paris unterzeichnet. Er besteht aus einer Präambel, fünf Artikeln und einem Anhang, der ein Versöhnungsabkommen enthält.

In der Präambel wird erklärt, dass der französisch-russische Vertrag in keiner Weise den Völkerbundspakt beeinträchtigt und er den Briand-Kellogg-Pakt bekräftigt. Artikel 1 des Vertrages sieht für beide Länder die Verpflichtung vor, auf keinen Fall einzeln oder zusammen eine oder mehrere dritte Mächte anzugreifen und die Unverletzlichkeit der unter ihrer Souveränität stehenden Gebiete oder der ihnen anvertrauten Mandatsgebiete zu achten. Artikel 2 verlangt, dass, wenn eine der vertragschließenden Parteien von einer dritten Macht angegriffen wird, sich die andere Macht verpflichtet, weder direkt oder indirekt den Angreifer zu unterstützen. Ferner bestimmt dieser Artikel, dass, wenn eine Partei eine dritte Macht angreift, die andere den Vertrag sofort kündigen kann. Artikel 3 schützt die Verpflichtungen, die Frankreich als Mitglied des Völkerbundes auf sich genommen hat. Artikel 4 verbietet wirtschaftliche Boykottmassnahmen, wie sie z. B. in der russischen Verordnung vom 20. Oktober 1930 gegen Frankreich verhängt worden waren. Er sieht für beide Länder die Verpflichtung vor, an keinem internationalen Abkommen teilzunehmen, das praktisch die Wirkung hat, den Ankauf oder Verkauf von Waren oder die Gewährung von Krediten an den Vertragspartner zu untersagen und keine Massnahmen zu treffen, die darauf hinauslaufen, einen Vertragspartner von jeder Beteiligung an dem Aussenhandel des anderen auszuschliessen. Artikel 5 bezieht sich auf politische Angriffs- und Propagandamassnahmen. Die russische Regierung verpflichtet sich darin, sich jeder Aktion zu enthalten, die darauf hinausläuft, eine Agitation oder Propaganda hervorzurufen oder zu begünstigen, die die territoriale Unverletzlichkeit Frankreichs beeinträchtigt und die gewaltsame Abänderung des politischen oder sozialen Regimes Frankreichs oder eines Teils der Frankreich unterstehenden Gebiete bezweckt. Ferner verpflichtet sich die russische Regierung, auf ihrem Gebiet keine Organisationen zu schützen, auszurüsten, zu subventionieren oder zu gestatten, die sich die Rolle einer Regierung oder Vertretung französischer Gebiete anmassen.

Schliesslich enthält der Artikel 5 noch die gegenseitige Verpflichtung, keine militärischen Organisationen zuzulassen, die das Ziel eines bewaffneten Kampfes gegen den Vertragspartner verfolgen.

SPD. Im Preussischen Landtag wurde am Sonnabend ein sozialdemokratisch-kommunistischer Antrag angenommen, der den Rücktritt der Staatskommissare fordert sowie die Aufhebung aller von ihnen erlassenen Verordnungen und Massregeln. Es stimmten 126 Sozialdemokraten und Kommunisten für den Antrag.

188: Nazis und Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme. Als über den sozialdemokratischen Antrag zur sofortigen Einsetzung der Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer in ihre sämtlichen Rechte abgestimmt werden sollte, wurden nur 166 Karten abgegeben. Das Haus war beschlussunfähig. Es wurde von dem Nazi-Präsidenten bis zum 13. Dezember vertagt.

Es war die Nazifraktion des Landtagspräsidenten Kerrl, die in der vorhergehenden Debatte den Antrag gestellt und begründet hatte, die wegen Sabotageakte in Haft befindlichen Berliner Verkehrsarbeiter sofort zu entlassen, und die bereits zu schweren Zuchthausstrafen verurteilten, zu begnadigen. Auch die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre Zustimmung zu diesem Antrag durch den Abg. Bredow erklären lassen. Mit der KPD war eine grosse sichere Mehrheit für die Anträge vorhanden. Der Nazipräsident Kerrl sabotierte die Abstimmung darüber jedoch durch die Vertagung.

SPD. Genf, 26. November (Eig. Drahtb.)
Senatspräsident Dr. Ziehm-Danzig und Aussenminister Beck-Polen haben am Sonnabend in Genf ein Abkommen unterzeichnet, das eine Reihe schwebender Streitfragen löst und eine Entscheidung des Völkerbundsrats überflüssig macht. Es wird ein Ratskomitee eingesetzt werden, das bis zur Ratstagung im Januar Vorschläge für ein beschleunigtes Verfahren im Falle einer sogenannten "direkten Aktion", d. h. eines einseitigen Bruches der bestehenden Verträge vorlegen soll.

Als wichtigste Bestimmung verlangt Polen die Einführung des Zloty als einziges Zahlungsmittel bei den Danziger Eisenbahnen. Entgegen dem Beschluss des polnischen Ministerrats wird die entsprechende Verfügung Polens am 1. Dezember nicht in Kraft treten. Der Fall geht in das ordentliche Verfahren vor dem Völkerbundskommissar in Danzig. Dafür zieht Danzig den Antrag auf Feststellung einer "direkten Aktion" in der Zlotyfrage zurück.

Auf Anregung des Danziger Kommissars Rosting, dessen Initiative der grösste Anteil am Gelingen dieser Verständigung zuzuschreiben ist, wurden noch drei weitere von den 30 zurzeit zwischen Polen und Danzig schwebenden Streitfragen geregelt. Polen verpflichtet sich zur Bezahlung und Nachzahlung eines Teils von Schullasten polnischer Kinder im Danziger Gebiet, ferner erkennt Polen die Entscheidung des Haager Gerichtshofes an, nach der polnischen Staatsangehörigen in Danzig nur die gleichen Rechte zustehen, wie sie im allgemeinen den Minderheiten zuerkannt sind. Endlich werden in Danzig und Polen die bestehenden Zeitungsverbote gegenseitig aufgehoben.

SPD. Stockholm, 26. Nov. (Eig. Drahtb.)
Der Hamburger Motorsegler "Hertha Grube", der sich mit einer Holzladung auf dem Wege nach Stettin befand, ist während eines heftigen Südweststurmes in der Ostsee in der Nähe des Kalmarsundes gesunken. Der Kapitän J. Grube sowie die gesamte aus 4 Mann bestehende Besatzung sind ums Leben gekommen.

SPD. Braunschweig, 26. Nov. (Eig. Ber.)
Die Braunschweigische Dienststrafkammer verurteilte am Sonnabend den früheren Rektor der hiesigen Technischen Hochschule, Professor Schmitz, zur Dienstentlassung, zur Tragung der Prozesskosten und zur Kürzung seines Gehalts um die Hälfte dessen, was er bei seiner Dienstentlassung erhalten hatte. Dem Prozess, der auf Antrag des Generalstaatsanwalts unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde, lagen mehrere Beschuldigungen zugrunde.

Professor Schmitz hat für die Sowjetunion jahrelang besondere technische Aufgaben ausgeführt und sich als Konstrukteur für die russische Regierung betätigt. Infolgedessen war Schmitz auch wiederholt in Russland, wo er u.a. in Moskau ein modernes Konstruktionsbüro einrichtete. Eine Berufung nach dort lehnte er jedoch ab. Prof. Schmitz wurde von der Sowjetregierung als Gutachter zur Nachprüfung eines russischen Auftrags an Deutschland herangezogen. Wegen dieser Tätigkeit und wegen angeblichen Missbrauches von Hochschuleinrichtungen geriet Professor Schmitz mit dem Reichsarbeitsministerium in Konflikt. Auf dessen Veranlassung wurde die Untersuchung und schliesslich das Dienststrafverfahren durchgeführt, was Herrn Klagges insofern gelegen kam, als Schmitz ein Gegner der nationalsozialistischen Umtriebe an der Hochschule war.

Die Begründung des Urteils erfolgte ebenfalls in nichtöffentlicher Sitzung

SPD. Genf, 26. November (Eig. Drahtb.)

Ueber den Inhalt der japanischen Flottenabrüstungsvorschläge für die Besprechung der Seemächte verlautet, dass Japan bereit ist, in eine gemeinsame und gleiche Herabsetzung der Tonnengrösse und der Bewaffnung von Linienschiffen und Kreuzern einzuwilligen, ebenso in eine dem bisherigen Verhältnis der Flotten entsprechende Beschränkung der Gesamttonnage. Ausserdem wird das Verbot aller Seeflugzeuge, Flugzeugmutterschiffe und Landungsvorrichtungen auf Schiffen vorgeschlagen. Ziffern sollen erst festgesetzt werden, wenn man sich über die Grundsätze der Beschränkung geeinigt hat. Mit dem Verbot der Marineluftfahrt will Japan erreichen, dass es zur Luft weder von Amerika noch von England her bedroht werden kann, da beide ohne Flugzeugträger nicht zur Luft nach Japan und zurück gelangen können. Ueber das Verbot der U-Boote ist in dem Vorschlag nichts gesagt. Japan erklärt sie im Interesse seiner Schlagkraft bekanntlich als Verteidigungswaffen.

SPD. Stockholm, 26. November (Eig. Dr.)

Trotzki hat von der schwedischen sozialdemokratischen Regierung die Einreisebewilligung erhalten. Er ist von den Studenten der Universität Lund zu einem Vortrag eingeladen worden.

SPD. Der Parteivorstand teilt mit:

Eine internationale Schwindlergesellschaft brandschätzt gegenwärtig die Parteibüros der Sozialdemokratischen Partei. Mit einem Schreiben des Vorstandes der rumänischen Sozialdemokrati versehen, erscheint jemand auf dem Parteibüro. In dem Schreiben, das am Kopfe die gedruckte Adresse und den Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Bukarest zeigt, wird gebeten, dem Ueberbringer einen namhaften Betrag - es handelt sich bis zu 1000 Mark - auszuhändigen, der von der rumänischen Partei zurückerstattet werde. Eine Anfrage in Bukarest ergab, dass es sich um einen abgefeymten Schwindel handelt. Es muss irgendwo eine Fälschergesellschaft bestehen, die sich diese leicht zu Vertrauen verleitenden Briefbogen für ihre Betrügereien drucken lässt. Sollte ein solcher Betrüger irgendwo auftauchen, so muss sofort seine Verhaftung veranlasst werden.

Aus aller Welt

Die letzten Harems.

Verschwindende Romantik - Die Geheimnisse von Alexandrien - Tröster Rauschgift...

SPD. Kairo, Mitte November (Eig. Ber.)

In den letzten 15 Jahren hat sich die orientalische Welt grundlegend verändert. Nur an sehr wenigen Plätzen des Ostens kann man heute noch ursprüngliches Leben, geformt nach alten mohammedanischen Sitten und Gebräuchen, vorfinden. Insbesondere ist die alte Haremsromantik, falls es jemald überhaupt eine gab, im Absterben. Die Lebensverhältnisse des Orients tragen heute vielfach den Stempel der europäischen Krise. Wo selbst gesetzlich dem Haremsbrauch nichts im Wege steht, können es sich nur sehr wenige leisten, mehr als eine Frau zu halten. Insbesondere klagen auch die Mohammedaner des Balkans darüber, wie - teuer die Frauen geworden sind. Seitdem nämlich die Väter gemerkt haben, dass ihre Töchter durch die auch im Balkan eingeführte Frauenarbeit verdienen können, ist die Frau im Preis und Ansehen gestiegen.

+

In Aegypten sind die alten muselmanischen Sitten heute noch am lebendigsten. Hier gibt es auch noch Harems, von deren Art freilich jene, die man geheimnisvoll den Touristen zeigt, keinen Begriff liefern: die Touristenharems sind meist nur Nachtlokale zweifelhaften Rufes und die Eunuchen, die herumstehen, Angestellte eines Reisebüros....

Eine junge französische Journalistin lebte jetzt ein Jahr in Alexandria mit den Eingeborenen und sah bei dieser Gelegenheit vieles vom Leben der ägyptischen Frau, die ihr Dasein noch nach der alten Tradition verbringt. Die Haremshäuser der Eingeborenenstadt Alexandrias sind echt nicht nur ausser, sondern auch innen. Die grossen Kaufleute finden hier ihr Vergnügen: es sind reiche Aegypter, die selbst restlos europäisiert, auch europäisch gekleidet sind, ihre Geschäfte nach europäischer Sitte oder vielmehr Unsitte machen, in teuren amerikanischen Luxusautomobilen durch die Stadt rasen, aber doch ihr Familienleben ganz traditionell nach dem alten mohammedanischen Gesetz gestalten. In diesen Kreisen gilt es einfach als nicht standesgemäss, weniger als sechs Frauen zu haben!

+

Die Fremden sehen manchesmal in der Eingeborenenstadt von Alexandria schwarz verummte Frauengestalten durch die Strassen huschen: Haremsfrauen. Oft sind es moderne, junge ägyptische Mädchen, die von ihren Eltern zur "guten Partie" gedrängt wurden. Nur in der Verummung dürfen sie sich öffentlich zeigen; im übrigen verbringen sie ihre Zeit hinter den Gittern der Harems während ihre Freundinnen, die vernünftigeren Eltern haben, auf dem Strand von Alexandria in Badeanzügen turnen. "Paschas" nennt der moderne Aegypter verachtungsvoll die reichen Männer Alexandrias, die noch heute einen Harem um sich bauen. Einer von ihnen, der als besonders "prominente" galt, starb kürzlich; er hinterliess in seinem Harem 45 Frauen und 88 Kinder! Unter den Frauen waren mehrere junge Mädchen im Alter von 12 Jahren. Als diese Nachricht bekannt wurde, griff der Staatsanwalt ein: es sollen jetzt, insbesondere auch auf Betreiben des englischen Kommissars, die Harems auf Minderjährige untersucht werden.

+

Fast jede Haremsfrau ist auf der Strasse von einem Polizisten begleitet. Warum? Die Antwort offenbart eine Tragödie. Die eingesperrten Frauen finden ihr Leben so unerträglich, dass sie sich durch Rauschgifte zu betäuben versuchen. Die Polizei weiss, dass die zahllosen alexandrinischen Harems-Grossabnehmer der Opium-Schmuggler sind. Sie überwacht deshalb jede Harems-Dame, weil die Opium-Händler gern ihren Spuren folgen...

Das moderne Aegypten will jetzt auf der ganzen Front einen Angriff gegen das rückständige Alexandria eröffnen. Die englischen Behörden zeigen sich wenig interessiert. Sie achten nur darauf, dass keine weisse Frau in einem Harem gelangt. Einmal war es einem Pascha möglich, sich eine Engländerin einzufangen. Er bekam dafür 10 Jahre Zuchthaus. Die Aegypterin aber schützt vorläufig noch niemand vor der Willkür und der Unmenschlichkeit der "Tradition".

G.

+ + +
1 000 Bomben! Bei einer Razzia in Buenos Aires entdeckte die Polizei ein Lager von 1 000 Bomben, die allem Anschein nach bei Terrorakten Verwendung finden sollten. 20 Personen wurden festgenommen.

+ + +
Chemieexplosion. Im Physikalisch-chemischen Institut der Universität Göttingen zersprang bei einem chemischen Versuch eine dickwandige Retorte. Zwei Personen wurden verletzt.

+ + +
Calmette auf ewig... Vor der Strafkammer Lübeck beginnt am 6. Dezember die Verhandlung gegen den der fahrlässigen Tötung beschuldigten Berliner Kinderarzt Dr. Genter. Der Angeklagte hat nach der Calmette-Katastrophe über 30 gefährdete Kinder mit einem von ihm entdeckten Mittel behandelt. Drei Kinder starben trotzdem.

+ + +
12 Menschen verbrannt! In einem Heuschöber in der nächsten Nähe von Prag brach in einem von Obdachlosen bewohnten Heuschöber plötzlich Feuer aus: 12 Personen kamen in den Flammen um.

+ + +
Freitod. Der Schweizer Grosshotelier Kracht, Besitzer eines der grössten Züricher Hotels, hat sich erschossen. Vermutlich bildet unheilbare Krankheit das Motiv der Tat.

+ + +
Der Papageienpass. Auf den Docks von New York erregte kürzlich ein Papagei mit seinem wohl eingelernten Ruf: "Ich habe einen richtigen Pass" grösste Heiterkeit. Das Tier sprach die Wahrheit, denn jeder per Bahn, Schiff oder Flugzeug in Amerika eintreffende Vogel hat einen regelrechten Pass zu besitzen, den sich die Zollstelle und ein Angestellter des Biologischen Instituts sehr genau ansehen. Es werden auf diese Weise täglich mehr als 1000 Vogelpässe geprüft. Da die Einreisegebühr mindestens 50 Cents beträgt und da für wertvolle Tiere sogar 20 % ihres Wertes erhoben wird, kann Amerika jährlich durch Vögel 250 000 Dollar einnehmen. Am häufigsten sind Pässe für Kanarienvögel, denn von ihnen kommen ungefähr jährlich 75 000 aus dem Harz nach Amerika. Australien liefert pro Jahr etwa 50 000 Papageien und Kakadus. Um die Weihnachtszeit ist der Reiseverkehr am stärksten. Natürlich wird mit allen Mitteln versucht, die strengen amerikanischen Bestimmungen zu umgehen, und es gelingt nicht selten, einen auf der schwarzen Liste stehenden Vogel im letzten Augenblick am "Betreten" amerikanischen Bodens zu hindern.

+ + +
Der sprengende Wilderer. In Hecklingen (Provinz Sachsen) kam es zu einer Schiesserei zwischen Jagdhütern und Wilderern, die auf Anruf nicht stehen blieben. Die Wilderer wurden verwundet. Bei einer Haussuchung in ihren

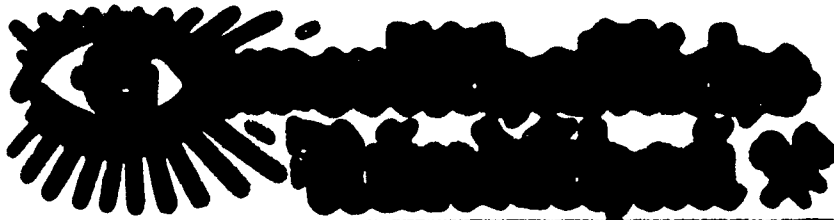
Wohnungen fanden sich zwei Kisten mit einem halben Zentner Sprengsalpeter Inhalt. Vermutlich ist der Sprengstoff aus dem Kaliwerk Friedrichshall gestohlen.

+ + +
Neuer Bullerjahn=Strafantrag! Im Leipziger Landesverratsprozess beantragte Reichsanwalt Dr. Nagel nach vierstündigem Plädoyer das frühere Reichsgerichtsurteil gegen den Angeklagten Walter Bullerjahn mit der Massgabe aufrecht zu erhalten, dass der Angeklagte wegen Landesverrats zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt wird. Die bisher verbüsste Strafe soll angerechnet werden. Das erste Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus.

Zu Beginn seines Plädoyers erklärte der Reichsanwalt, dass er den Angeklagten auf Grund der Beweisaufnahme abermals für schuldig halte. Es bestehe kein Zweifel darüber, dass die Durchsuchung der Berlin-Karlsruher Industriewerke in Wittenau durch die Interalliierte Militärkontrollkommission auf eine Verratsanzeige zurückzuführen sei. Die im Werk beschäftigten Arbeiter kämen als Verräter ebenso wenig in Frage wie die Angestellten, Ingenieure und einzelnen Lagerverwalter. Keiner von ihnen hätte einen so vollkommenen Ueberblick über die geheimen Waffenbestände gewinnen können, wie es dem Angeklagten Bullerjahn als Oberlagerverwalter möglich gewesen sei. Die Verdachtsgründe wären Bullerjahns Drohungen, sein Verhalten während der Durchsuchung der Waffenlager, sein beabsichtigter Besuch bei dem französischen Leutnant Jost am 7. Januar 1925 und sein Zusammentreffen mit dem Ehepaar Langner in der Nähe der Wohnung des Leutnants Jost am 1. Weihnachtsfeiertag 1924. Bullerjahns Täterschaft sei umso wahrscheinlicher, als der Angeklagte einmal in höchster Erregung gedroht hätte, dass er durch einen dergleichen Verrat dem Werke Wittenau grossen Schaden zufügen könne. Es sei auch sehr merkwürdig, dass er keinen Protest dagegen erhoben habe, dass er als Oberlagerverwalter bei den Revisionen nicht zugezogen wurde und er sich nachträglich bei den Lagerverwaltern erkundigt hätte, was eigentlich gefunden worden sei. Wenn Bullerjahn als Grund seines Besuches bei Leutnant Jost angebe, er habe sich eine Ehrenerklärung wegen seiner angeblichen Unschuld geben lassen wollen, so spreche dieses Argument eher für als gegen seine Täterschaft. Wenn er sich unschuldig fühlte, hätte er sich wohl auch nicht am Tage nach seinem Besuche krank gemeldet.

Den Beweggrund des Verrats erblickt der Reichsanwalt weniger in der Gewinnsucht als in der persönlichen Verärgerung Bullerjahns. Er hätte sich über die Schrott-Angelegenheit in eine so grosse Erregung hineingesteigert, dass er schliesslich nur noch von dem Gedanken beseelt gewesen sei, wie er sich an der Firma und an Direktor Gebauer hätte rächen können. Die Anzeige des geheimen Waffenlagers wäre ihm als das geeignete Mittel hierfür erschienen. Man könne nicht sagen, dass der Verrat etwa von langer Hand vorbereitet gewesen wäre. Bullerjahn sei stets ein pflichttreuer Angestellter gewesen. Aber die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben worden wären, hätten ihn im Innersten so sehr verletzt, dass sein Stolz, sein Ehrgeiz und sein Geltungsbedürfnis ihn zu der Tat getrieben hätten. Schliesslich läge noch eine Stütze für Bullerjahns Schuld darin, dass er im Laufe des Verfahrens mehrfach Unwahrheiten gesagt und zahlreiche Zeugen ungerechtfertigt verdächtigt habe. Es sei durchaus verständlich, dass das frühere Urteil auf die höchst zulässige Strafe erkannt habe. - Wenn jetzt das Verbrechen etwas milder beurteilt werde, so sei dies damit zu erklären, dass Bullerjahns Tat in einem gewissen Sinne bereits der Geschichte angehöre. -

Am Montag sprechen die Verteidiger Sinzheimer und Rosenfeld.



Krise und Krankenversicherung.

SPD. Die gesetzlichen Krankenkassen (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs- und knappschaftliche Krankenkassen) haben die Krise bis jetzt besser überstanden als die anderen Versicherungsträger, insbesondere die der Rentenversicherung. Die Ursachen liegen in der verhältnismässig geschmeidigen Verwaltungsform der Krankenkassen, die schnelle Umstellungen erlaubt, ferner in der Tatsache, dass durch die Notgesetzgebung die Leistungen der Krankenversicherung eher eingeschränkt wurden als bei den anderen Versicherungsträgern, und schliesslich darin, dass der Krankenstand bei den Krankenkassen so niedrig ist wie noch nie seit dem Krieg, das Inflationsjahr 1923 ausgenommen. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass auch die Krankenversicherung im ganzen gefät det erscheint; einzelne Kassen sind schon seit längerer Zeit notleidend.

Das Jahr 1929 zeigte den stärksten Auftrieb der Versicherung. Ein Vergleich mit diesem Jahr veranschaulicht deshalb am besten den jetzigen Abfall.

Sehr stark vermindert hat sich zunächst die Zahl der Kassen. Von den 7 465 Kassen im Jahre 1929 waren nach den Ausweisen der Reichsanstalt am 30. September 1932 nur noch 6 855 vorhanden. Der Rückgang dürfte tatsächlich noch grösser sein; denn die Reichsanstalt zählt auch die selbständig berichtenden Unterstellen der Kassen (Sektionen) als Vollkassen. Er dürfte etwa 700 ausmachen. Betroffen wurden von ihm vor allem die Betriebskrankenkassen (über 400 weniger) und die Innungskrankenkassen (rd. 170 weniger); die Orts- und Landkrankenkassen haben sich dem Krisenstoss gegenüber als weniger empfindlich erwiesen.

Stärker noch als die Kassenzahlen sind die Versichertenzahlen zurückgegangen. Zählten die gesetzlichen Kassen 1929 rund 20 965 000 Versicherte, so waren es am 30.9.1932 nur noch 16 647 000. Von dem Rückgang sind auch hier verhältnismässig am stärksten betroffen die Betriebs- und die Innungskrankenkassen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die unterstützten Arbeitslosen ohne Rücksicht darauf, welcher Kasse sie vorher angehörten, regelmässig bei den Orts- und Landkrankenkassen versichert werden. Erst wenn der Arbeitslose der öffentlichen Fürsorge anheim fällt, scheidet er überhaupt aus der Krankenversicherung aus, es sei denn, er versichert sich auf eigene Kosten weiter. Das geschieht immer noch in grösserem Mass, als man angesichts der notorischen Notlage der Erwerbslosen erwarten dürfte. Ob dabei jedoch die Erwerbslosen die Versicherung aus eigenen oder aus Fürsorgemitteln bestreiten, ist eine offene Frage. Jedenfalls ist (jeweils auf den 30. September berechnet) die Zahl der freiwilligen Mitglieder von 2 717 000 in 1929 gestiegen auf 3 372 000 in 1932. Versicherungstechnisch bedeutet übrigens die Steigerung der Zahl der freiwilligen Mitglieder keinen Vorteil der Krankenkassen; denn diese Versicherten gehören erfahrungsgemäss ganz überwiegend den untersten Lohnstufen an, zahlen also nur sehr geringe Beiträge. Trotzdem begrüssen die Kassen die Weiterversicherung als Beweis des Vertrauens, das sie unter den Versicherten geniessen, ferner aus dem rein praktischen Grund, dass sie den Weiterversicherten in Obhut behalten und damit schwerere Schäden verhüten können, die von den Kassen wieder ausgeglichen werden müssten, wenn die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozess eingegliedert werden.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen wäre an sich für die Kassen - wenn man

die Auswirkung auf den Umfang des Verwaltungsapparats nicht berücksichtigt - nicht weiter gefährlich, wenn er nicht Hand in Hand ginge mit einer bedenklichen Schrumpfung der Einnahmen je Mitglied.

Die Kassen nahmen je Mitglied im Jahre 1929 an Beiträgen 100,39 Mark ein. Das entsprach einer Gesamteinnahme für die gesetzlichen Krankenkassen von 2 058 507 000 RM. Nach der vorläufigen Statistik für 1931 ist die Beitragseinnahme je Mitglied auf 79,75 RM. zurückgegangen. Für 1932 können wir sie anhand repräsentativer Statistiken auf 65,84 RM. schätzen. Voraussichtlich werden also die gesetzlichen Krankenkassen im Jahre 1932 insgesamt 1 098 Millionen RM. an Beiträgen einnehmen, d.h. rd. 1 Milliarde weniger als im Jahre 1929. Damit ist die Krankenversicherung zurückgeworfen auf den Stand von 1924, wo sie 1 027 Millionen RM. Beiträge einnahm.

Hierzu kommen noch Einnahmen aus Kapitalanlagen usw. Sie betragen im Jahre 1929 rd. 32,2 Millionen RM., fallen also gegenüber den Beitragseinnahmen nicht ins Gewicht. Eine Schätzung für 1932 ist nicht möglich; sicher ist nur, dass die Zinserträge schon deshalb zurückgehen müssen, weil die Kassen im Jahre 1931 zum ersten Male seit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem Überschuss gearbeitet haben. Einer Gesamteinnahme von 85,22 RM. je Versicherten stand eine Gesamtausgabe von 86,10 RM. gegenüber. Das Defizit ist durch Rückgriff auf die Reserven gedeckt worden.

Leider wird sich das Missverhältnis auch im Jahre 1932 nicht ändern. Voraussichtlich wird sich die Gesamtausgabe der Kassen im laufenden Jahre auf 1167 Millionen stellen, wird also aus den Beitragseinnahmen allein nicht gedeckt werden können. Eine Mehrbelastung der Versicherten durch Beitragserhöhungen oder Leistungsverschlechterungen scheint unerträglich. Unter diesen Umständen wird der Ausgleich zu suchen sein in einer Verringerung der Kosten der Krankenhilfe, die nur durch Preisnachlässe der Heilberufe und Lieferanten wird erzielt werden können.

Zunächst können sich allerdings die Kassen noch auf ihre Reserven stützen. Das Vermögen der Kassen betrug 1930 rd. 925,8 Millionen RM. Davon waren 435,3 Millionen RM. Rücklagen, von denen jedoch nur 194,4 Millionen RM. Bankguthaben waren. Im übrigen bestanden die Rücklagen in Wertpapieren, Hypotheken, Darlehen und Grundbesitz, sind also nur schwer und unter der Gefahr von Kursverlusten flüssig zu machen. Eine Uebersicht darüber, wieweit die Kassen in die Rücklagen eingegriffen haben, besteht für 1931 und 1932 noch nicht, dass aber erhebliche Eingriffe stattgefunden haben, kann nicht zweifelhaft sein.

SPD. Die Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter werden durch die Freien Gewerkschaften vertreten. Sie nehmen sich des Jungvolks an, organisieren es, schaffen Schulungsmöglichkeiten, regeln in Tarifverträgen die Rechte der Lehrlinge und jungen Arbeiter und fördern die Ausbildung. Die junge Generation soll vor Ausbeutung und schlechter Behandlung geschützt sein. Deshalb müssen die Freien Gewerkschaften ihre Kräfte gegenüber Unternehmer- und Innungsmeistertum mobil machen.

Die Verbände brauchen hierzu die Unterstützung der Eltern, brauchen ihr Verständnis für die Notwendigkeit des Organisierens der Söhne und Töchter in den Freien Gewerkschaften, und ihre geistige Unterstützung bei der Schulungsarbeit in den Jugendabteilungen. Das Ziel gewerkschaftlicher Jugendbildung ist: Tüchtige und in ihrem Beruf bewanderte Arbeiter, aufrechte, gradlinige Gewerkschafter und sich ihrer Aufgaben in der Arbeiterbewegung bewusst Sozialisten.

Eltern! Gewerkschafter! Eure Söhne und Töchter gehören in die Freien Gewerkschaften! Haltet sie an, ihrer Gewerkschaft beizutreten. Schickt sie in die Zusammenkünfte der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen!

SPD. Der Berliner Verkehrsstreik beschäftigt jetzt das Berliner Arbeitsgericht. Von über 2 500 eingereichten Klagen wurden am Sonnabend zunächst 66 im Güteverfahren verhandelt. Die Verhandlungen für die kommunistischen Kläger wollte ein Bevollmächtigter des sogenannten Solidaritätsausschusses führen. Er wurde jedoch nicht zugelassen, weil der Ausschuss keine tariffähige wirtschaftliche Organisation im Sinne des Arbeitsgerichtes ist.

Die Frage des Vorsitzenden nach den Gründen der Arbeitsverweigerung wurde von den Betriebsratsmitgliedern damit beantwortet, für sie sei der Mehrheitswille der Belegschaft massgebend gewesen und nicht ihr persönlicher Wille. Eine Anzahl von Fahrkartenverkäuferinnen der U-Bahn gab an, sie hätten die Arbeit nicht aufnehmen können, weil die Tore der Bahnhöfe geschlossen gewesen seien; andere Klägerinnen erklärten, sie seien durch die Streikposten an der Arbeitsaufnahme verhindert worden. Eine Einigung kam in keinem Fall zustande. Es muss nun im Kammertermin Beweis über die Angaben der Kläger erhoben werden.

+
Für die Wiedereinstellung der Entlassenen hat sich bis jetzt nur der freigewerkschaftliche Gesamtverband tatkräftig und zum Teil auch mit Erfolg eingesetzt. Auch wurden 52 inhaftierte kommunistische Funktionäre auf Veranlassung der freien Gewerkschaften freigelassen.

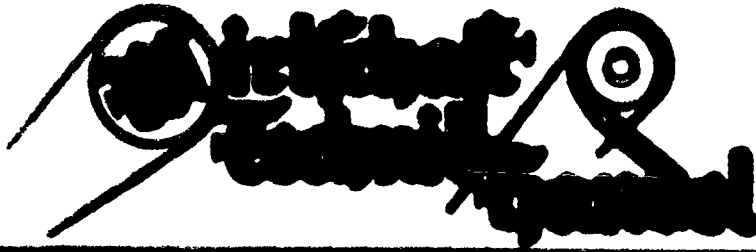
SPD. Das Reichsarbeitsministerium lässt zur Zeit Erhebungen durchführen, um festzustellen, wo und wie eine Arbeitszeitverkürzung in öffentlichen Betrieben durchgeführt werden kann. Wie verlautet, will man ähnlich wie in der Privatwirtschaft auch in den öffentlichen Betrieben eine Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden durchführen. Von dieser Aktion sollen aber nur die Reichsarbeiter betroffen werden.

Was da wohl wieder zusammengebraut wird?

SPD. Der Reichslandarbeiterbund, die Organisation der wirtschaftsfriedlichen Landarbeiter, d.h. der Trabanten des landwirtschaftlichen Unternehmertums bemüht sich wieder einmal krampfhaft, als wirtschaftliche Vereinigung anerkannt zu werden. Dabei bringt fast jeder Tag neue Beweise dafür, dass der Reichslandarbeiterbund und seine Unterverbände nichts anderes sind als Helfer des sozialen Gegenspielers. Ein allerneuester Beweis wird soeben aus Pommern gemeldet.

Die Arbeiterschaft des vorpommerschen Remonte-Gutes Neuhof bei Treptow, das dem Reichswehrministerium untersteht, befindet sich im Lohnkampf. Die Leitung des Remonte-Amtes will nach vollzogenem Beitritt zur Kreisgruppe Greifenberg des Pommerschen Landbundes den Kreistarif der Arbeitgebergruppe des Landbundes in dem genannten Bezirk anwenden. Das lehnt die Arbeiterschaft ab. Mitte November fanden Verhandlungen der Gau- und Kreisleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes mit der Remonte-Amtsleitung statt. Der Betriebsrat nahm ebenfalls daran teil. Ausserdem hatte sich - zum nicht geringen Erstaunen der Arbeitervertreter - ein Herr Bergauer, seines Zeichens Sekretär der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes, die ein Unterverband des Reichslandarbeiterbundes ist, eingefunden. Von einem der Vertreter der Arbeiterschaft über den Zweck seines "Besuches" befragt, erklärte der merkwürdige Arbeitersekretär, er sei mit der Beratung und Unterstützung des Arbeitgebervertreters, des Herrn Oberamtman Fischer vom Remonte-Amt, beauftragt.

Ein Schauspiel für Götter! Ein Arbeitersekretär des Landbundes gibt sich dazu her, einem Arbeitgeber beim Lohndruck durch Auskunftserteilung über das Tarifrecht Hilfe zu leisten.



23 Thesen!

Kommunistische Attacke auf die Konsumgenossenschaften.

SPD. Zu den geschworenen Gegnern der Konsumvereine, den mittelständle-
rischen, neuerdings meist unter nationalsozialistischem Einfluss stehenden
Kampforganisationen, haben sich seit geraumer Zeit die Kommunisten gesellt.
Nach dem Willen der kommunistischen Internationale sollen die Konsumvereine
aktive Glieder der KPD. werden. Die Kommunisten wollen die Konsumvereine für
ihre besonderen Zwecke einsetzen - und aufopfern. So fordern die kommuni-
stischen Drahtzieher, dass den Kampfleitungen der KPD. von den Konsumgenos-
senschaften Kredite zur Verfügung gestellt werden usw. Um nur eine von vie-
len unsinnigen Forderungen der Kommunisten anzuführen, die allesamt darauf
hinaus laufen, dass die Konsumgenossenschaften den Kommunisten alle Rückkla-
gen, alle finanziellen Mittel und Betriebseinrichtungen übergeben, damit die
Weltrevolution endlich kommt. Wenn die Genossenschaften das täten, käme die
Weltrevolution allerdings nicht; aber die Genossenschaften würden, zur Freu-
de und zum Spott ihrer Gegner, in kürzester Zeit vor die Hunde gehen.

Auch hier haben die deutschen Kommunisten die Befehle Moskaus zur Er-
oberung der deutschen Konsumgenossenschaften, ähnlich wie bei den Gewerk-
schaften, in Thesen - bei den Genossenschaften tun es die Kommunisten nicht
unter 23 - zusammengefasst. Wer diesen 23 Thesen widerspricht und von ihrer
Sinnlosigkeit erschreckt ist, weicht selbstverständlich von der "richtigen
Linie" ab und ist ein "Verräter" und "Sozialfaschist". Die Genossenschaften
werden sich aber darüber nicht täuschen können, dass die Aufforderung der Kom-
munisten, einen "systematischen und schematischen Kampf gegen die jetzige
sozialfaschistische und reformistische Führung der Genossenschaften" einzu-
leiten, für sie Kampf auf Leben und Tod bedeutet. Erwägen doch die Kommuni-
sten in ihren Richtlinien den "Käuferstreik als Waffe der kommunistischen
Mitglieder gegen die sozialfaschistische Diktatur der Genossenschaftsbüro-
kratie". In Halle und Merseburg haben die Kommunisten bereits vor ihrer jet-
zigen Offensive gegen die Konsumgenossenschaften gezeigt, wie sie sich die
"auf Klassenkampf eingestellte genossenschaftliche Arbeit" denken. Daran
ging der Konsumverein in Merseburg und auch der Konsumverein in Halle, das
berühmte "Rote Proviantamt", zugrunde. In Gotha erlebten wir dasselbe.

Selbstverständlich arbeiten die Kommunisten, um die Konsumgenossen-
schaften zugrunde zu richten, mit Lüge und Verleumdung. So soll die Tagung
des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Berlin nach
der Behauptung einer kommunistischen Korrespondenz pro Kopf 1 800 Mark ge-
kostet haben. Bei dieser Tagung handelt es sich um die 2 mal im Jahr statt-
findende mehrtägige Sitzung des Generalrats und eine Berichtigung der Ge-
nossenschaften stellt fest, dass die Ausgabe für diese Tagung, einschliess-
lich Eisenbahnfahrkosten, Saalmiete usw., 120 Mark pro Kopf und nicht 1800
Mark betrug. Als die Berichtigung einlief, taten die Kommunistenblätter so,
als hätten sie nur von 180 Mark pro Kopf gesprochen. Hinterher wurde aller-
dings wieder von 1800 Mark gelogen.

Wohin derartige widerwärtige Lügen und Stänkereien der Kommunisten füh-
ren, das hat ja die deutsche Arbeiterschaft u.a. auf sozialpolitischem Gebiet

erfahren, wo wichtige Errungenschaften verloren gingen. Sollte die kommunistische Agitation auch in den Konsumgenossenschaften Erfolg haben, dann geht die genossenschaftliche Selbsthilfe zum Teufel. Das wird der grösste Triumph des Krämerkapitalismus sein. Darauf warten ja die mittelständlerischen Kampforganisationen schon seit Jahren.

Zu dieser Katastrophe darf es nicht kommen. Wer gesunde Sinn des deutschen Arbeiters und seine sozialistisch-genossenschaftliche Schulung, die ihn gegenüber dem faschistischen Ansturm Hitlers Stand halten liessen, müssen und werden auch hier siegen.

SPD. Das von der Krise stark heimgesuchte Sachsen hat 2 neue Industrieskandale zu verzeichnen.

In dem einen Fall geht es um den Textilkonzern Wagner & Moras, der nach seiner Pleite von einem Konsortium (A.G. für Handels- und Industriekredite, Reis & Co. in Mannheim und Vereinigte sächsische Spinnereibesitzer in Chemnitz) aufgekauft worden ist. Anscheinend ist der Kauf erfolgt, um sich einen lästigen Konkurrenten vom Leibe zu halten und sonst Geschäfte zu machen. So wurden auch Fabriken aus dem Wagner & Moras-Konzern stillgelegt. Bestimmte Nachrichten darüber, dass das Konsortium mit der Absicht umgeht, die Betriebe für immer auszuschalten, haben natürlich in Sachsen, besonders in Zittau, wo die Wagner & Moras beheimatet ist, grösste Unruhe ausgelöst. Der Oberbürgermeister von Zittau teilt dazu u.a. mit, dass man in der Spinnerei Zittau bereits Maschinen abmontiert habe; doch soll es sich um nicht bezahlte Maschinen handeln. Nun findet sich in einer Bekanntmachung des Konzerns die Feststellung, "dass keine Bank und keine Stelle bereit sei, neue Risiken durch Inbetriebnahme der Fabriken einzugehen, wenn nicht von vornherein eine Subvention seitens des Staates erfolgt." Das ist klar und deutlich. Das Konsortium sucht durch Drohung mit Stilllegung nach dem einen guten Geschäft, dem Kauf von Wagner & Moras, ein zweites gutes Geschäft mit Subventionen zu machen.

Im zweiten Fall handelt es sich um die Lingnerwerke, die an dem etwa vor Jahresfrist freiwillig aus dem Leben geschiedenen Kriegsschieber und Grossspekulanten Sternberg erinnern. Die Lingnerwerke gingen durch Pachtvertrag an die A.G. für Kohlensäureindustrie über, die den Aktionären eine Dividende von 7 bzw. 8 % garantierte. Nun behauptet die Kohlensäureindustrie, sie wäre bei diesem Handel getäuscht worden. Es spielen da recht komische Dinge mit. Z.B. ein hauptbeteiligter Direktor, der für die Begutachtung eines wichtigen Geschäftes nur 5 Minuten Zeit hatte, weil er in die Oper musste usw.. Die vorgenommene Bereinigungsbilanz soll keine Bereinigungsbilanz gewesen sein. Eine Verlustbilanz habe sich vor der entscheidenden Transaktion in eine Gewinnbilanz verwandelt u.a.m.

Alles in allem beweist der Lingnerwerke-Skandal die gegenwärtige mangelhafte Kontrolle, der die grossen Industrierwerke unterliegen. Diese Kontrolle ist derartig lückenhaft, dass der Grossaktionär, der nach dem gegenwärtigen Recht schalten und walten darf, ungestraft an sich gesunde Unternehmungen zugrunde richten kann.

SPD. Das Loch in den Steuer- und Zolleinnahmen des Reichs hat sich im Laufe des Monats Oktober von 380 Millionen Mark auf 403 Millionen Mark vergrössert. Die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben gibt das Reichsfinanzministerium für Oktober mit 3 951 Millionen Mark an. Das sind fast 300 Millionen Mark weniger als im Oktober 1931. Von den steuerlichen Auswirkungen der

Papenschen Wirtschaftsankurbelung merkt man nicht viel. Die Lohnsteuer ist von 60,801 Millionen Mark im Monat September auf 61,394 Millionen Mark im Monat Oktober gestiegen. Bei der Umsatzsteuer liegt eine Steigerung von 106 auf 129,70 Millionen Mark vor; jedoch beruht sie auf der Aufhebung der Freigrenze für Umsätze bis 5 000 Mark, wodurch die Regierung Papen ihre Einstellung zu "dem kleinen Mann" in der Wirtschaft hinreichend bewiesen hat.

SPD. Mit der endgültigen Ernteterminierung hat das Reichstatistische Amt auch eine Qualitätserhebung der Ernte durchgeführt, wonach 59 % Winterroggen = 4,9 Millionen Tonnen als gut, 30 % Winterroggen = 2,5 Millionen Tonnen als durchschnittlich und 11 % Winterroggen = 900 000 Tonnen als gering, 55 % = 2,4 Millionen Tonnen Winterweizen als gut, 30 % = 1,3 Millionen Tonnen als durchschnittlich und 15 % = 700 000 Tonnen als gering, 49 % Sommergerste = 1,3 Millionen Tonnen als gut, 34 % = 900 000 als durchschnittlich und 17 % = 400 000 Tonnen als gering, 55 % Hafer = 3,7 Millionen Tonnen als gut, 31 % = 2 Millionen Tonnen als durchschnittlich und 14 % = 900 000 Tonnen als gering angesprochen werden. Der Ausfall ist also recht befriedigend und besser als im Vorjahr. Auch von der Qualitätsseite her betrachtet erübrigt sich also die Stützung der Regierung am Getreidemarkt. Eine schlechtere Qualität ergibt sich für Ostpreussen, Niederschlesien, Oberschlesien. Der Westen und Süden liegen dagegen über dem Reichsdurchschnitt.

SPD. Der grösste Elektrizitätsblock in Deutschland, die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), verzeichnet für das verflossene Jahr einen Absatzrückgang um 10 %. Damit liegt der RWE etwas unter dem Reichsdurchschnitt (rund 11 %). Trotzdem errechnet das Unternehmen einen Ueberschuss von 10,78 Millionen Mark gegenüber 11,25 Millionen Mark im Vorjahr. Die Dividende beträgt 5 %. Das westdeutsche Unternehmen hätte den Vorjahrgewinn mühelos erreichen können, wenn es nicht seine Abschreibungen von 25,4 Millionen auf 27,8 Millionen Mark heraufgesetzt hätte. Auch sonst hat man im Katastrophenjahr Gelegenheit zur Bildung von stillen Reserven gehabt. So dürfte z.B. das Effektenkonto, das mit 131 Millionen Mark genannt wird, trotz der niedrig verbuchten Kurse eine stattliche Reserve enthalten. Auch beim RWE zeigt sich, dass gerade die Elektrizitätswirtschaft in ihrer Rentabilität stark von der Kaufkraft der breiten Massen abhängt. So liegt beim Haushaltstrom eine Steigerung von 50 % vor.

Der gute RWE-Abschluss ist eine weitere Mahnung, dass die grossen Elektrizitätsgesellschaften bald mit einer radikalen Preissenkung vorgehen. Die von der Regierung Brüning angeregte Preissenkung kann als Preissenkung nicht angesprochen werden. In der Praxis hat sie sich als Preisschutz erwiesen. Die fällige Preissenkung steht noch aus.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 26. Nov. Amtl. Notierung ab Erzeugerstation. Fracht u. Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 115, II. 108, abfallende Sorten 99 RM. Tendenz: fest.

Kostspielige Preisstützung.

(Berliner Getreidebörse vom 26. Nov.)

SPD. An der Sonnabendbörse zeigte sich wieder, dass die geringste Preisabflachung die Landwirtschaft bewegt, grössere Mengen von Roggen und Weizen auf den Markt zu werfen. Vor der Börse wurden am Sonnabend grössere Mengen angeboten, sogar um 1 Mark niedriger als zu den Freitagkursen, die bereits gegenüber den Vortagen gesunken waren. Nach Lage der Dinge hätte sich am Sonnabend am Lieferungsmarkt eine stärkere Preissenkung vollziehen müssen. Aber die Stützungsstellen, die vor der Börse zu dem niedrigeren Angebot nicht kauften, griffen ein und zahlten für Dezemberware etwa die höheren Freitagpreise für die späteren Notierungen sogar 0,60 bis 1 Mark mehr. Allerdings mussten die Stützungsstellen, um den Preisstand zu halten, ganz erhebliche Mengen kaufen (rund 4000 Tonnen). Am Promptmarkt war das Angebot nicht so stark wie am Lieferungsmarkt. Die Mehlpreise blieben bei schlechter Nachfrage unverändert.

	<u>25.11.</u>	<u>26.11.</u>
	(ab märkische Station	in Mark)
Weizen	193 - 195	193 - 195
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	124 - 129	124 - 129
Weizenmehl	24,10 - 27,00	24,10 - 27,00
Roggenmehl	19,75 - 22,10	19,75 - 22,10
Weizenkleie	9,45 - 9,75	9,45 - 9,75
Roggenkleie	8,60 - 9,00	8,60 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 206 - 206 (Vor-
tag 206) März 208 - 208 (207½), Mai 212 (211). Roggen Dezember 166 - 166
(166½), März 170½ - 170½ (169½), Mai 174½ - 174½ (173½). Hafer März -
(132½), Mai 137 und Geld (137).

SPD. Das Reichsgericht hat zu den Preistreibereien und zu dem Kartellunfug auf dem Benzinmarkt ein Urteil gefällt, das die schärfste Kritik für die Passivität des Reichswirtschaftsministeriums bedeutet. Das höchste Gericht bezeichnet das Vorgehen der Kartelle als "ein Kampfmittel, um auf Grund der erlangten Monopolstellung eine uneingeschränkte Preisdiktatur auszuüben. Gerade weil es sich bei den Treibstoffen für Kraftmaschinen und Fahrzeuge um einen lebenswichtigen Bedarfsartikel handelt, ist es nach Auffassung des Reichsgerichts in der gegenwärtigen Notzeit ein Unding und unerträglicher Widerspruch, wollte die Rechtsordnung zusehen und zulassen, dass mit dem Mittel des schärfsten wirtschaftlichen Druckes Preiserhöhungen durchgesetzt werden." Der Reichswirtschaftsminister aber, der einem der grössten Benzinproduzenten in Deutschland nahesteht, rührt gegen diesen Unfug keinen Finger.